

das gerne stolz vor, wenn Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen dort einmal hinfahren.

Zum Schluss: Sie haben das Thema „Datenraummobilität“ schon genannt. Deswegen und mit Blick auf die Redezeit will ich nicht mehr lange darauf eingehen. Wir sind neben den traditionellen großen Autoländern eingeladen worden, uns an dieser Datenplattform zu beteiligen, weil wir bei der Digitalisierung des ÖPNV vorne sind. Sonst wären wir gar nicht dazu eingeladen worden. Wir beteiligen uns natürlich gern, weil wir den internationalen Großkonzernen aus dem Silicon Valley eben nicht die Hoheit über unsere Mobilitätsdaten geben wollen.

Vielen herzlichen Dank für diesen Antrag, der Anlass war, dies alles einmal zu berichten. Es scheint nötig gewesen zu sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 8 angelangt; denn niemand hat mehr den Wunsch, einen Redebeitrag zu leisten.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, über den Antrag heute direkt abzustimmen; Sie haben das in den Redebeiträgen mehrfach gehört. Diese Abstimmung führen wir jetzt durch. Wer dem Inhalt des Antrages Drucksache 17/14068 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Wie angekündigt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Antrag Drucksache 17/14068 angenommen**.

Ich rufe auf:

9 Klimarettungsaktionismus beenden – Aufteilung der CO₂-Abgabe für das Heizen weder sozial- noch klimapolitisch zielführend

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14065

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion hat Herr Kollege Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr als die Hälfte der Bürger wohnt zur Miete. Sicherlich haben auch schon viele von Ihnen zur Miete ge-

wohnt. Denken Sie dabei doch einmal an Ihre Nebenkostenabrechnung. Allein mit dem Thema „Heizkosten“ befassen sich häufig komplizierte Tabellen auf mehreren Seiten.

(Der Redner hält ein DIN-A4-Blatt hoch.)

Darin finden sich nicht nur reine Brennstoffkosten, sondern auch Positionen wie „Strom für Heizung“, „Wartung“, „Miete Heizkostenverteiler“, „Miete Warmwasserzähler“ usw.

Sie bekommen nicht nur das in Rechnung gestellt, was Sie verbraucht haben. Nein, man schaut auch noch, was der Nachbar verbraucht hat. Dann werden die Kosten aufgeteilt, beispielsweise 70 % Verbrauchskosten, 30 % Grundkosten und Ähnliches.

Jeder, der schon einmal im Mietshaus gewohnt hat, kennt solche Regelungen. Bei einem Mieterwechsel kommen dann auch noch Begriffe wie „Gradtagszahlen“ und Ähnliches dazu. – Ich sehe: Viele von Ihnen erinnern sich.

Nehmen wir nun einmal an, einer von Ihnen sei der Vermieter, beispielsweise Herr Optendrenk. Herr Optendrenk, Sie dachten, schon bisher sei die Nebenkostenabrechnung ein Riesenspaß gewesen. Weit gefehlt! Jetzt müssen Sie, wenn es nach dem Wunsch der SPD geht, demnächst noch die CO₂-Abgabe für Ihre Mieter getrennt ausweisen und davon 50 % selbst übernehmen – ganz egal, ob Ihr Mieter die ganze Zeit das Fenster auf Kipp stehen hatte oder nicht.

Sie als Vermieter, Herr Optendrenk, sind aus Sicht der SPD nämlich praktisch der Täter. Sie haben ein Haus produziert, das tatsächlich noch geheizt werden muss. Schämen Sie sich!

Hören Sie also am besten damit auf, Häuser zu bauen, die geheizt werden müssen. Bauen Sie lieber Passivhäuser ganz ohne Heizung. Das geht zwar nicht überall, sie sind auch richtig teuer, und dafür muss die Miete hoch sein. Aber dann müssen Sie sich bei der Suche nach einem Mieter eben ein bisschen mehr Mühe geben, wenn Sie die Hütte an den Mann bringen wollen.

Achten Sie aber darauf, dass es nicht zu teuer wird. Denn ist die Miete zu hoch, kommt die SPD und fordert einen Mietenstopp.

Die SPD macht so ziemlich alles, was den Markt für unsere Bürger im Bereich „Wohnen“ kaputt machen kann, um sich anschließend darüber zu beschweren, dass es keine bezahlbaren Wohnungen gibt.

Zurück zur CO₂-Abgabe: Wenn Sie nun glauben, als Mieter wären Sie aus dem Schneider, dann haben Sie sich getäuscht. Denn wohnen Sie in einer Wohnung mit einer eigenen Gastherme, haben Sie ein Problem. Ich selbst habe in Dortmund so gewohnt. Dort hatte ich einen Vertrag mit den Stadtwerken. Die

Abrechnung für das Gas haben die Stadtwerke direkt zu mir geschickt und nicht zum Vermieter.

In Zukunft müssen die Mieter dann die CO₂-Abgabe berechnen und dem Vermieter eine Rechnung darüber schicken – so die Idee der SPD. Nebenkostenabrechnung mal andersherum!

Das ist aber längst nicht alles, was mit diesem Bürokratiemonster auf uns zukommen könnte. Stellen Sie sich vor, dass Sie Biogas haben. Dann sind Sie plötzlich von der Abgabe befreit.

Oder was ist, wenn der Vermieter das Heizöl am 30. Dezember kauft und die Mieter es im Folgejahr verbrauchen? Gilt dann der CO₂-Preis vom Vorjahr oder der vom aktuellen Jahr?

Und was machen Sie bei einem Gasblockheizkraftwerk, mit dem Strom und Wärme produziert werden? Welchen CO₂-Anteil schlagen Sie dann dem Strom und welchen der Heizung zu? Denn je nach Fahrweise ist mal der Strom und mal die Wärme das Sekundärprodukt.

Ich sehe schon, dass einigen von Ihnen bereits der Kopf raucht. Das muss aber nicht so bleiben. Entscheiden Sie sich für unseren Antrag, und befreien Sie die Bürger von dieser unsäglichen Bürokratie, die uns aus Berlin droht. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Loose. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke, Herr Loose, dass Sie uns die Nebenkostenabrechnung erklärt haben. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass das ein reines Bundesthema ist. Es wird im Bundestag verhandelt. Wir wissen noch nicht, was dabei herauskommt. Insofern kann ich sagen, dass wir den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der FDP und Christian Dahm [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Blask.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute die zweifelhafte Ehre, gleich zwei Anträge der AfD hier im Plenum kommentieren zu dürfen, und arbeite diese Anträge nach folgendem Schema ab: Thema – Wahrheitsgehalt – Informationsgehalt – Populismusfaktor – Konsequenz.

Hier haben wir es mit einem sehr klassischen Fall zu tun. Der Antrag schimpft sich „Klimarettungsaktionismus beenden“. Er bedient also eines der erwartbaren und lang bekannten AfD-Narrative, nämlich das der Klimaleugnung.

Dann wird es interessant. Die Lastenverteilung bei der CO₂-Abgabe zwischen Mieter und Vermieter sei weder klima- noch sozialpolitisch sinnvoll. Hier kritisiert die AfD ein Instrument der Klimapolitik für ein Problem, das sie als solches gar nicht anerkennt. Spannend!

Viel aufschlussreicher ist die Passage zur vermeintlichen Ungerechtigkeit dieser Lastenverteilung, die sozialpolitisch nicht sinnvoll sei. Damit kommen wir zu einem zentralen Baustein des Wirkens dieser Partei: Sie gerieren sich nach außen als Vertreter des kleinen Mannes und der einfachen Bevölkerung. „Deutschland. Aber normal.“ – so heißt Ihr Slogan, glaube ich. Dabei stehen Ihre Politik und Ihre politischen Forderungen den Interessen dieses kleinen Mannes und der kleinen Frau diametral gegenüber.

Im Fall dieses Antrags läuft es folgendermaßen: Sie klatschen in die Überschrift, das Instrument sei sozialpolitisch verfehlt, und erwecken damit den Anschein, Sozialpolitik machen zu wollen. Im Antrag selbst kopieren Sie dann aber schamlos eins zu eins die Position der Vermieter und Grundbesitzer. Die Anliegen der Mieter sind Ihnen anscheinend völlig egal.

Eine Haus-&-Grund-Pressemitteilung zitierend, fabulieren Sie davon, der Vermieter könne ja nichts für das Heizverhalten seines Mieters, und überdies wisse dieser bei der Unterzeichnung seines Mietvertrages, worauf er sich einlasse.

Dass Mieter überhaupt keinen Einfluss auf eine Entscheidung zur energetischen Sanierung ihrer Wohnung haben und Vermieter die Mehrkosten bisher vollständig weitergeben können, verschweigen Sie einfach. Ich bin mir sicher: Eine einseitigere und mieterfeindlichere Position finden Sie bei keiner Partei in diesem Hause.

(Beifall von der SPD)

Zeitgleich erzählen Sie den Menschen aber etwas von abgehobenen Eliten. Ich kann nur feststellen, dass Sie als AfD-Fraktion abgehoben von den Menschen in diesem Land argumentieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Fassen wir den Antrag also noch einmal nach dem eingangs erwähnten Schema zusammen: Thema verfehlt, Wahrheitsgehalt äußerst gering, Informationsgehalt gegen null, Populismusfaktor gewohnt hoch. In der Konsequenz lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die NRW-Koalition hat Klimaschutz allerhöchste Priorität. Wir haben uns ambitionierte Ziele gesteckt und erreichen diese auch, was uns von manch anderer Regierung unterscheidet. Das zeigen zum Beispiel die Zahlen zu den installierten Leistungen beim Windkraftausbau, wo Nordrhein-Westfalen führend ist, oder auch zu der CO₂-Minderung.

Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz des Bundes haben die Richterinnen und Richter dem Gesetzgeber aufgetragen, die Regelungen zur Treibhausgasminderung so zu treffen, dass sie die Freiheit der jungen Generationen nicht weiter einschränken.

Meine Damen und Herren, diesen Beschluss nehmen wir als Auftrag und Chance an, unsere Vorreiterrolle in Nordrhein-Westfalen beim Klimaschutz weiter auszubauen. Daher wollen wir die neuen Minderungsziele für 2030 und 2040 sowie das vorgezogene Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 in das Klimaschutzgesetz NRW übertragen, das derzeit in der Beratung ist.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze von der SPD plant wohl im Zuge der Novellierung des Klimaschutzgesetzes des Bundes eine hälftige Aufteilung des CO₂-Preises bei den Heizkosten zwischen Vermietern und Mietern. Das hat nicht nur bei Vermietern und Mietern für Unruhe gesorgt, sondern auch zu Kontroversen in der CDU-Bundestagsfraktion geführt. Aber auch aufseiten der Wirtschaft und bei den Eigentümern hat die beabsichtigte Regelung der Bundesregierung zur 50:50-Verteilung der Kosten des CO₂-Preises heftige Kritik ausgelöst.

Auf dieses Modell der hälftigen Aufteilung hat man sich auf der Ebene der Staatssekretäre wohl verständigt. Sowohl das Bauressort von Bundesminister Seehofer als auch das Wirtschaftsministerium von Herrn Altmaier waren beteiligt.

Die Bundestagsfraktion von CDU und CSU trägt diese Regelung aber wohl nicht mit. Sie sieht darin einen fundamentalen Bruch mit dem Verursacherprinzip. Meine Kolleginnen und Kollegen aus der FDP-Bundestagsfraktion kritisieren dieses Vorhaben ebenfalls. Denn das Verursacherprinzip darf nicht auf den Kopf gestellt werden. Die Vermieter dürfen nicht gezwungen werden, für etwas zu zahlen, das sie gar nicht beeinflussen können.

Die Politiker der Union sollten das marktwirtschaftliche Irrlichtern schnellstmöglich korrigieren und die Abgeordneten der Unionsfraktion im Bundestag deshalb unterstützen.

Meine Damen und Herren, klar ist, dass zur Energiewende zwingend die Wende in den anderen Sektoren hinzukommen muss. Wir brauchen auch eine Wärmewende; denn im Wohngebäudebestand schlummert viel Potenzial zur Reduzierung von CO₂-Emissionen, das wir schöpfen müssen.

Insofern hat es mich auch geärgert, dass es gerade eine Tickermeldung vom BUND gab, wonach Tiefengeothermie für Stromerzeugung wenig Potenzial habe. Ja, aber gerade diese Tiefengeothermie ist enorm wichtig, um unsere Wärmeproblematik zu lösen und hier für die Wärmewende zu sorgen.

(Beifall von Dr. Patricia Peill [CDU])

Es geht doch im Kern um die Frage, auf welche Art und Weise wir das Klima am besten schützen. Staatliche Eingriffe zur Aufteilung eines CO₂-Preises zwischen Vermietern und Mietern, wie sie unlängst von Bundesumweltministerin Svenja Schulze ins Spiel gebracht wurden, helfen hier nicht weiter.

Aber wie schaffen wir einen klimaneutralen Gebäudebestand? Wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen, auf Innovationen und auf Technologieoffenheit. Da kann es doch nur darum gehen, Anreize für Investitionen in neue Heizungen, in erneuerbare Energien und in besseren Wärmeschutz zu setzen. Denn nur so können wir die Klimaschutzziele im Gebäudebestand erreichen.

Meine Damen und Herren, ich komme abschließend zu dem unsinnigen Beschlussteil im AfD-Antrag. Dort steht:

„Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, sich im Bundesrat gegen politische Schnellschüsse einzusetzen und derzeit keine entsprechenden Gesetzesvorschläge, die die Aufteilung der CO₂-Abgabe auf Mieter und Vermieter vorsehen, zu behandeln.“

Herr Kollege Loose, nach vier Jahren Parlamentstätigkeit müssten Sie eigentlich wissen, wie die Abläufe sind. Solange das Gesetz im Bundestag noch nicht verabschiedet und beschlossen wurde, setzt sich der Bundesrat auch gar nicht damit auseinander.

Deshalb kann man Ihren Antrag wieder einmal mit gutem Gewissen ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf den ersten Blick wirkt der AfD-Antrag, wenn man seine Überschrift liest, in der „klimapolitisch zielführend“ steht, wie eine Abkehr von der bisherigen Klimaleugner-Linie.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie können ja zustimmen!)

Aber natürlich ist und bleibt die AfD hier auch wieder der Wolf im Schafspelz.

(Lachen von Helmut Siefen [AfD])

Heute tarnt sie ihre Klimaleugnung, ihre Überhöhung von Braunkohle und ihren wahnhaften Hass gegen erneuerbare Energien hinter ihrer Ablehnung einer CO₂-Abgabe. Und das lehnen wir genauso ab wie diesen Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Nach meinem Kenntnisstand müsste dieser Antrag inhaltlich obsolet sein, weil es keine Verständigung auf der Bundesebene zur Einführung einer CO₂-Aufteilung zwischen Vermietern und Mietern gibt. Insofern ist dieser Antrag überhaupt nicht beratungsfähig, weil es gar nichts gibt, was man beraten könnte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Kollege Loose das Wort.

(Christian Loose [AfD] begibt sich mit seinem Laptop zum Redepult. – Bodo Löttgen [CDU]: Bitte nicht den Rechner hochhalten!)

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Glückliche Schweiz: Letzten Sonntag stimmte eine Mehrheit der Schweizer Eidgenossen gegen das dortige neue CO₂-Gesetz. Dieses Gesetz sah nämlich harte Einschnitte für die Wirtschaft und den motorisierten Individualverkehr vor –

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

alles letztendlich aus Brüssel diktiert, um dort die utopischen Klimaziele zu erfüllen. In der Schweiz herrscht zum Glück noch das Volk.

Es wäre auch in Deutschland wunderbar, wenn wir hier etwas mehr direkte Demokratie wagen würden. CO₂ ist auch in Deutschland ein großes Thema, wenn auch weltweit bedeutungslos. Sie erinnern sich vielleicht an die Rede mit dem Zollstock beim letzten Mal.

Die Bundesregierung verkündete nun Mitte Mai die Absicht, die CO₂-Abgaben bei Heizkosten in Mietverhältnissen je zur Hälfte auf Mieter und Vermieter umzulegen, also die Hälfte der Kosten für den seit dem 1. Januar 2021 geltenden CO₂-Preis auf fossile Brennstoffe wie Öl, Gas und auch Kohle.

Wir denken, dass diese Aufteilung falsch ist. Denn das wäre etwas ganz Neues.

Bisher gelten Heizkosten bei Mietverhältnissen als Teil der Nebenkosten, die regelmäßig vom Mieter zu tragen sind. Diese Umlage auf den Mieter hat einen guten Grund; denn der Mieter ist der Verursacher der Heizkosten entsprechend seinem Verbrauch.

Diese verbrauchsabhängige Abrechnung von Heizkosten wurde vor mehr als 40 Jahren durch die Heizkostenverordnung eingeführt. Damit beabsichtigte man eine Veränderung im Verbrauchsverhalten – nämlich, dass der Gleichlauf von Verbrauch und Kosten dazu führt, dass Mieter Energie sparen. Die erste Ölkrise in den 70er-Jahren ließ grüßen.

Der Eigentümerverband Haus & Grund stellt dazu etwa fest – ich zitiere –: Da Vermieter das Heizverhalten ihrer Mieter nicht beeinflussen können, mindert dies den Anreiz zum Einsparen und ist damit klimapolitisch kontraproduktiv.

Wie ist es denn, liebe Kollegen von der SPD, bei der Energiesteuer? Warum fordern Sie nicht bei der Energiesteuer eine hälftige Aufteilung? Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt wissen, dass bereits auf Heizöl eine Steuer erhoben wird. Diese Steuer wird vollständig vom Verbraucher gezahlt.

Sie wollen nun aber die Bürger für ihr Heizverhalten bestrafen und stellen fest, dass die Bürger das für ungerecht halten. Es soll aus Ihrer Sicht gefälligst einen Klimaschutz zum Nulltarif geben. Der Mieter darf nicht betroffen werden. Es soll der Vermieter zahlen – als wenn das Geld irgendwo herkäme. Was macht denn der Vermieter? Er erhöht einfach nur die Kaltmiete.

Aber andere wollen auch einen Klimaschutz zum Nulltarif. So fordert der Verband GdW, der zahlreiche Wohnungsunternehmen vertritt, zum Beispiel auch massive Subventionen, um den Dämmwahnsinn in Deutschland voranzubringen. Doch bezahlen würden diese Subventionen wieder am Ende die hart arbeitenden Steuerzahler.

Herr Brockes fordert auch diese Subventionen. Er nennt sie nur geschickterweise Investitionsanreize. Die ehemals marktwirtschaftliche Partei mutiert zum

Sozialismusparker der anderen Parteien hier – Geldverbrennung im Sinne des sogenannten Klimaschutzes.

Besser wäre es doch, wenn man sich wirklich um die Mieter kümmern würde: Rahmenbedingungen für preiswertes Bauen schaffen! Weg mit dem Dämmwahnsinn! Denn besonders in den Ballungsgebieten wie Großstädten herrscht ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Steigende Mieten sind die Folge.

Jetzt ist ja klar, was passiert, wenn Sie alle Lasten den Vermietern aufbürden. Glauben Sie, der Vermieter würde das dann tragen? Nein. Er wird einfach nur die Kaltmiete erhöhen. Das wird bei der Grundsteuer passieren, wenn Sie sie dem Vermieter auferlegen, und das wird bei der CO₂-Abgabe passieren.

Was hätten Sie damit gewonnen? Gar nichts. Es würden einfach nur die Mieten steigen – es sei denn, Sie kommen danach wieder mit Ihrem Antrag, wie bei der aktuellen Stunde jetzt, einen Mietestopp durchzuführen.

Wir sind ja nicht die einzige Partei, die das so sieht. Auch die CDU ist inzwischen im Bund umgefallen und möchte das ebenfalls nicht. Ich zitiere Thorsten Frei aus der „FAZ“:

„Im Mietrecht gilt bei den Nebenkosten das Verursacherprinzip, das heißt, dass der Mieter Kosten, die von seinem Verbrauch abhängen, selbst trägt. Hieran sollten wir festhalten.“

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Christian Loose (AfD): Letztendlich haben wir damit also auch einen Antrag im Sinne der CDU gestellt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Daher kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrages Drucksache 17/14065 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Stimmenthaltungen? – Der beiden fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Neppe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist der **Antrag Drucksache 17/14065** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

10 Neustart miteinander für das Ehrenamt nach der Corona-Pandemie – Vereine brauchen Planungssicherheit

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14072

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Franken das Wort.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sind geschafft. Wir sind müde. Wir sind ausgezehrt. Corona hat uns über einen viel zu langen Winter und einen regnerischen Frühling einfach zu viel abverlangt.

Hoffentlich sehen wir uns bald wieder persönlich! Wann kann ich wieder zum Training? Hoffentlich fallen das Schützenfest, die Kirmes oder das Stadtfest nicht aus! Wie gerne würde ich meinen Geburtstag wieder mit all meinen Freunden zusammen feiern!

In all diesen Sätzen finden wir uns nur zu gut wieder. In all dem stecken Wünsche. In all dem steckt Hoffnung. Denn Corona hat uns das Wichtigste geraubt, was eine Gemeinschaft braucht: das Miteinander. Der Mensch ist kein Einzelgänger. Er fühlt sich in der Gemeinschaft wohl. Nicht ohne Grund gibt es in Nordrhein-Westfalen 120.000 Vereine, in denen 6 Millionen ehrenamtlich Aktive organisiert sind. Sie alle haben entdeckt, dass Engagement so viel mehr ist als nur die Summe der Aktiven.

Egal, ob Sport-, Heimat-, Musik- oder auch Brauchtumsverein: Der Wegfall von Vereinsaktivitäten hat schwerwiegende Folgen, nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich. Denn unsere ehrenamtlich geführten Vereine finanzieren sich überwiegend durch Einnahmen aus Veranstaltungen und durch Mitgliedsbeiträge. Aufgrund von Corona wurden Feste nicht mehr gefeiert, und viele Mitglieder sind ausgetreten.

Die Folge ist, dass nun in vielen Vereinen Unsicherheit herrscht. Wie soll es nach Corona weitergehen? Wie knüpfen wir an die Zeit vor Corona an? Die Fragestellung ist absolut zentral; denn seit über einem Jahr sitzen diejenigen, die früher ihre Freizeit im Ehrenamt verbracht haben, zu Hause auf der Couch. Der Weg zurück ins aktive Vereinsleben scheint weit und schwer. Man ist doch auch ohne Verein zurechtgekommen. Warum tue ich mir das überhaupt noch an? Ich bin doch langsam in einem Alter, in dem man auch aufhören könnte.

Damit sich diese Gedanken eben nicht breitmachen, müssen die Vereine jetzt gegensteuern und aktiv werden, um in den alten Rhythmus vor Corona zu kommen. Dazu müssen Veranstaltungen im zweiten Halbjahr wieder stattfinden können.